

Lithographenbund will Urabstimmung.

## Ein Streik wird erwogen

Im graphischen Gewerbe spitzt sich der Konflikt zwischen dem Schweizerischen Lithographenbund (SLB) und dem Verband der Schweizer Druckindustrie (VSD) offensichtlich zu. Nachdem die beiden Sozialpartner seit Ende August ohne Gesamtarbeitsvertrag (GA V) sind, will der SLB unter seinen Mitgliedern jetzt eine Urabstimmung über die Durchführung von Kampfmassnahmen durchführen, wie SLB-Sekretär Max Engel auf Anfrage erklärte.

Strittig bei den Verhandlungen zwischen SLB und VSD sind vor allem Fragen der Feriendauer und des automatischen Teuerungsausgleichs. Der VSD beharrt zwar auf seinem Standpunkt, signalisierte aber am Dienstag erneut Gesprächsbereitschaft.

Nach sechs Verhandlungsrunden sei man zur Überzeugung gekommen, dass dem VSD an der Weiterführung eines GA V nicht sonderlich gelegen sei, sagte Engel. Deshalb würden nun die Mitglieder informiert und zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt werde eine Urabstimmung durchgeführt. Bereits sei ein Streikkomitee eingesetzt worden, das weitere Aktivitäten koordinieren solle. Streik sei aber nicht das einzige mögliche Kampfmittel, betonte Engel. Im Gegensatz zu den Verhandlungen mit der Schwesterorganisation des VSD, dem Schweizerischen Verband Graphischer Unternehmen (SVGU), bei denen die Ratifizierung eines neuen GA V in Kürze erfolgen werde, sehe er bei den Verhandlungen mit dem VSD zurzeit keine Aussicht auf Erfolg. In den VSD-Betrieben arbeiten rund 4'000 SLB-Mitglieder. Da viele Betriebe aber auch für Nicht-SLB-Mitglieder den GAV anwenden, sind insgesamt rund 15'000 Arbeitnehmer von den Verhandlungen betroffen.

Am heftigsten diskutiert wurden zwischen den Sozialpartnern Fragen um eine Ausdehnung der Ferienzeit und um den automatischen Teuerungsausgleich. In diesen Punkten sei der Handlungsspielraum für die Unternehmer nur sehr gering, erklärte VSD-Sekretär Ulrich Wanner. Der VSD sei zwar bereit, die Arbeitnehmer am Produktionszuwachs teilhaben zu lassen, doch komme eine lineare Anpassung der Löhne nicht in Frage.

Bei der Kontroverse um die Feriendauer fordert der SLB eine fünfte Ferienwoche für alle Arbeitnehmer. Nach dem alten GAV hatten alle Arbeitnehmer vier Wochen Ferien. Ab dem 50. Altersjahr gab es eine zusätzliche fünfte Woche. Damit stünde die Branche bereits weit über dem in anderen Bereichen üblichen. Der SLB ist bereit, die Verlängerung der Feriendauer auch tageweise zu akzeptieren, wie Engel ausführte. Einig sind sich die Sozialpartner beim verlängerten Bildungsurlaub.

### Sozialleistungsabbau

Uneins sind sich die Sozialpartner ausserdem in diversen Fragen der Altersrenten und der Krankenversicherung. Während der VSD verschiedene Leistungen, die im alten GAV garantiert sind, einstellen möchte, da sie durch die geltenden gesetzlichen Bestimmungen abgedeckt würden, betrachtet dies der SLB als Sozialleistungsabbau, der nicht hingenommen werden könne. Nach der Darstellung Wanners geht es bei der Bereinigung dieser Bestimmungen nicht um einen Leistungsabbau, sondern lediglich um eine Neustrukturierung. Der VSD-Sekretär schlug vor, dass sich die Kontrahenten noch im Verlaufe des Oktobers noch einmal an den Verhandlungstisch setzen sollten.

SoAZ, 9.10.1986.

SLB > Streik. Urabstimmung. SoAZ, 1986-10-09